



Sehr geehrte Damen und Herren,

in diesen Tagen besteht die Große Koalition seit 100 Tagen. Unsere Tagesordnung im Parlament – Stichwort diese Woche: Mütterrente und die Beschlüsse der Bundesregierung, vor allem der Haushaltsausgleich – beweisen die gute Arbeit.

Machen wir uns also nicht kleiner als wir sind, aber auch nicht größer. In vollem Bewusstsein, wie schwer eine Zusammenarbeit zweier Volksparteien zu gestalten ist, haben wir uns aus Verantwortung für unser Land auf die Bildung einer weiteren Großen Koalition eingelassen. Natürlich enthält der Koalitionsvertrag auch Kompromisse, die für beide Seiten vielfach eine Herausforderung darstellen. Gleichwohl ist dieser Vertrag, dessen vernünftige Umsetzung wir sicherstellen, eine gute Grundlage für unser Land.

Die Mütterrente kommt

Das Rentenpaket der Koalition ist am Donnerstag in erster Lesung im Bundestag debattiert worden. Damit steht die von der Union seit langem geforderte Mütterrente kurz vor ihrer Verwirklichung. Die Mütterrente würdigt die Erziehungsleistung von Eltern, deren Kinder vor 1992 geboren wurden, stärker. Vor allem Mütter erhalten einen zusätzlichen Rentenpunkt.

Die Ausweitung der Mütterrente, die zum 1. Juli 2014 wirksam wird, wengleich die Auszahlung aus verwaltungstechnischen Gründen erst später erfolgt, unterstreicht die zentrale Rolle der Familie für den Generationenvertrag. Sie zollt Respekt gegenüber den Frauen, die ihre Kinder in einer Zeit groß gezogen haben, in der die Angebote zur Kinderbetreuung nicht so gut gewesen sind wie heute.

Etwa 9,5 Millionen Menschen, erhalten ab dem Sommer knapp 28 Euro monatlich mehr, im Osten sind es gut 26 Euro. Dies ist eine Verdopplung des bisherigen Betrages. Finanziert wird die Mütterrente aus Beiträgen der Versicherten und Arbeitgeber sowie aus dem Bundeszuschuss zur Rentenversicherung, der ein Drittel des gesamten Budgets ausmacht.

Haushaltsdebatte: „Die schwarze Null“

In der viertägigen Haushaltsdebatte haben wir wieder viele Zahlen gehört und wichtige Details diskutiert. Die wichtigste Botschaft der Woche sollten wir dabei nicht aus den Augen verlieren: Wir schaffen die Abkehr von der Politik der Schuldenfinanzierung, wie sie in den letzten vier Jahrzehnten betrieben wurde. Nach dem strukturellen Haushaltsausgleich in diesem Jahr wollen wir ab 2015 sogar ganz ohne neue Schulden auskommen. Das gab es zuletzt 1969.

Wenn wir uns nicht zu neuen Ausgaben verführen lassen, dürfte am Ende des Jahres die langersehnte „schwarze Null“ stehen. Die heißt nicht nur so, weil ein kleiner Überschuss möglich ist. „Schwarz“ ist dieser Erfolg auch deshalb, weil er ohne die Regierungsbeteiligung der Union nicht denkbar gewesen wäre. Wir sind es, die in der dritten Wahlperiode in Folge unbeirrt den Kurs einer wachstumsorientierten Konsolidierungspolitik durchgesetzt haben. Wir meinen es ernst mit der Verantwortung für künftige Generationen. Besser als durch einen stetig gesundenden Haushalt kann man das nicht unter Beweis stellen.

Besuch bei den Deutschen Edelstahlwerken in Krefeld

In der letzten Woche besuchte ich die Deutschen Edelstahlwerke am Produktionsstandort Krefeld, um mich über potenzielle Auswirkungen einer Änderung des EEGs für energieintensive Unternehmen zu informieren. Im Gespräch mit der Geschäftsführung und dem Betriebsratsvorsitzenden diskutierten wir insbesondere die bedrohlichen Konsequenzen eines Entfalls der Härtefallregelung auf die industriellen Wertschöpfungsketten in Deutschland insgesamt.

Auch der private Stromverbraucher hat nichts davon, wenn die Wertschöpfungsketten auseinanderbrechen. Entscheidend ist aber, dass Unternehmen wie die Deutschen Edelstahlwerke im internationalen Wettbewerb bestehen können und die gesamte Stahlindustrie Planungssicherheit erhält. Das ist bei der Neuauflage des EEG unbedingt zu beachten.



Nach dem Gespräch nutze ich noch die Gelegenheit, den Schmiedebetrieb der Deutschen Edelstahlwerke zu besichtigen und mir persönlich einen Eindruck davon zu verschaffen, wofür das Unternehmen Energie einsetzt.

EU-Projekttag am Gymnasium am Stadtpark

Als Vertreter der Politik nutzte ich in der vergangenen Woche im Rahmen des EU-Projekttag die Gelegenheit, mit Schülerinnen und Schülern des Gymnasiums am Stadtpark in Krefeld über Europa zu diskutieren.

Der EU-Projekttag ist eine jährliche Initiative an deutschen Schulen seit der deutschen EU-Ratspräsidentschaft 2007. Es handelt sich dabei um ein von den Ministerpräsidenten der Länder verabredetes Vorhaben und war in den letzten Jahren ein großer Erfolg. Ziel ist es, bei Schülerinnen und Schülern das Interesse für Europa zu wecken und ihr Verständnis für die Funktionsweise der EU zu vertiefen.



In diesem Jahr habe mich besonders über die große Teilnahme gefreut: rund 100 Schülerinnen und Schüler der neunten und zwölften Jahrgangsstufe stellten mir Fragen zu vielen verschiedenen Themen — angefangen von der Vorratsdatenspeicherung bis hin zu aktuellen außenpolitischen Herausforderungen.

Weitere Informationen zum EU-Projekttag finden Sie unter der Adresse <http://www.bundesregierung.de/eu-projekttag>.

Herzlichst,

Impressum:

Herausgeber:
Ansgar Heveling MdB
Wahlkreis 110
Jüchen, Kaarst, Korschenbroich,
Krefeld, Meerbusch

Büro Berlin

Platz der Republik 1
11011 Berlin

Tel.: 0 30 / 227 – 71 035
Fax: 0 30 / 227 – 76 235

ansgar.heveling@bundestag.de